

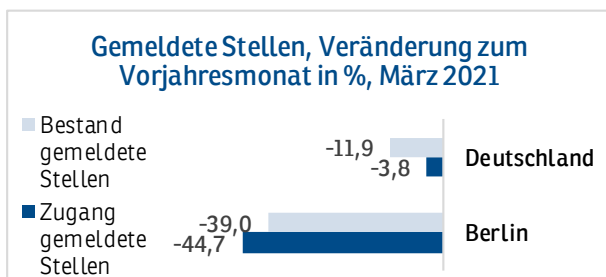


Corona aktuell: Neue Jobs fördern – jeder Euro ist gut angelegt!

Arbeitsmarktinstrumente wie die Kurzarbeit entlasten Unternehmen und schützen Beschäftigte vor Arbeitslosigkeit. Dennoch wird es auf Dauer nicht ausreichen, nur bestehende Jobs zu schützen. Es bahnt sich eine Einstellungskrise an. Für Unternehmen droht wichtiges Fachkräftepotenzial verloren zu gehen. Für die Phase nach dem letzten Lockdown müssen die Rahmenbedingungen für Neueinstellungen daher angepasst werden. Dies bringt die Wirtschaftstätigkeit in Gang und fördert den Wandel.

Es droht eine Jobkrise

Die massiven Einschränkungen des wirtschaftlichen Lebens in den vergangenen Monaten manifestieren sich auch auf dem Berliner Arbeitsmarkt. So zählen die amtlichen Statistiken besorgniserregende 55.607 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr. Auch das Wachstum bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung kam jüngst zum Erliegen, so haben sich die Neueinstellungen anders als die Entlassungszahlen noch nicht wieder normalisiert. Ein Blick auf die ausgeschriebenen Stellen verdeutlicht, wie ernst die aktuelle Lage ist: So kamen mit 3.607 neuen Stellen im März nur rund die Hälfte im Vergleich zu vor einem Jahr dazu. Neben einer Gesundheits- und Wirtschaftskrise steht also eine Jobkrise bevor, wenn jetzt nicht entschlossen gegengesteuert wird.



Dass fehlende Jobs ein Kernproblem sind, verdeutlicht auch die steigende Langzeitarbeitslosigkeit. Die Zahl derer, die mindestens ein Jahr arbeitslos sind, ist im Gegensatz zum Vorjahr um mehr als 90 Prozent auf 70.949 Personen gestiegen. Aufgrund fehlender Joboptionen rutschen zusätzlich in den nächsten Monaten die Personen in die Langzeitarbeitslosigkeit, die während des ersten Lockdowns arbeitslos geworden sind. Es droht ein Arbeitsmarkteinbruch wie in den 1990ern, der Deutschland Anfang der 2000er den Namen „kranker Mann Europas“ einbrachte.

Für Unternehmen geht Fachkräftepotenzial verloren

Wenn neue Jobs ausbleiben, ist langwierige Arbeitslosigkeit vorprogrammiert. Ebenso drohen unversorgte Jugendliche und Uni-Absolventinnen und -Absolventen früh arbeitslos zu werden und tragen dauerhafte Einschnitte im Erwerbsleben davon, die sich als sog. „Scarring-Effekte“ in ihrer Erwerbsbiografie fest-machen. Da der Berliner Arbeitsmarkt – gerade mit beschäftigungsintensiven Branchen wie dem Gastgewerbe – eine hohe Personalfluktuation aufweist, war es nach Entlassung bzw. Auslaufen einer Befristung bislang rasch möglich, den nächsten Job anzunehmen. Jetzt münden viele dieser Menschen unerwartet in die Arbeitslosigkeit. Was das bedeutet, ist längst wissenschaftlich bestätigt: Qualifikationen veralten, Kompetenzen nehmen ab, das Risiko für Krankheit steigt. Kurz gesagt: Je länger eine Person arbeitslos ist, desto weniger wahrscheinlich ist sie vermittelbar in eine neue Tätigkeit. Dies können sich Wirtschaft und Politik nicht leisten. Denn allein schon demografisch bedingt, wird sich der Fachkräftemangel ab Mitte der 2020er-Jahre weiter verschärfen.

Finanziellen Anreiz geben, rechtliche Hürden senken

Der beste Weg, um Verfestigung von Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, ist die Förderung neuer Stellen. Um einzustellen, fehlt vielen Unternehmen jedoch gerade die nötige Planungssicherheit, nicht zuletzt aufgrund fehlender Öffnungsperspektiven. Daher müssen die finanziellen und rechtlichen Hürden für Neueinstellungen gesenkt werden, um diese attraktiv zu machen. Um besonders für den Weg aus der Krise so viele Neueinstellungen zu erreichen, wie eben möglich, schlagen u. a. IAB-Expert:innen vor, kurzfristig Anreize zu geben. Dies könnte geschehen, indem bei neuen Jobs über einen bestimmten Zeit-



raum – z. B. sechs Monate – die gesamten Sozialversicherungsbeiträge ausgesetzt und aus dem Bundeshaushalt finanziert würden, wenn Unternehmen eine zuvor arbeitslose Person einstellen. Damit würden gezielt Neueinstellungen unterstützt. Über die Hälfte der Unternehmen in der Berliner Wirtschaft befürworten dies. Ähnlich wie bei der Mehrwertsteuersenkung sind auch hier Mitnahmeeffekte nicht auszuschließen, dennoch zeigen bereits Studien aus anderen EU-Ländern, dass die eingesparten Sozialausgaben die Bruttokosten der Zuschüsse übersteigen. Aber auch rechtliche Hürden sollten temporär ausgesetzt werden: Eine befristete Aussetzung des Vorbeschäftigungsverbot würde ermöglichen, dass krisenbedingt freigesetztes Personal zeitnah ins Unternehmen zurückgeholt werden kann. Das spart beim Wiederanlaufen der Wirtschaft Recruiting-Kosten und wäre ein „Win“ für alle Seiten.

Fachkräfte in Branchen halten, zusätzliche Synergien schaffen

Jetzt die Rahmenbedingungen für Neueinstellungen zu verbessern, ermöglicht es Unternehmen, Fachkräfte zu halten und eine ausreichende Personalbasis für den Re-Start – besonders in krisengebeutelten Branchen – aufzubauen. Ebenso würden Alternativen für Quereinsteiger geboten, die sich aktuell beruflich umorientieren wollen, aber kein passendes Jobangebot finden. Zusätzliche Synergien wären möglich, wenn eine Neueinstellungsoffensive mit entsprechenden Weiterbildungs- und Lernförderangeboten begleitet würde, ausgerichtet auf den beschleunigten, technologischen Wandel, denn eine Reihe von Branchen kämpft aktuell mit strukturellen Umbrüchen. Neben Fachkräften mit mittlerer Qualifikation werden hier in Zukunft vor allem Geringqualifizierte durch den Strukturwandel betroffen sein.

Hier gilt es jetzt zu handeln! IHK-Vorschläge:

- Die Landespolitik sollte sich beim Bund dafür einsetzen, dass die finanziellen und rechtlichen

Rahmenbedingungen zur Schaffung neuer Jobs verbessert werden.

- Es braucht einen Anreiz für Neueinstellungen, indem bei neu geschaffenen Jobs über einen bestimmten Zeitraum die Sozialversicherungsbeiträge ausgesetzt und stattdessen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.
- Das Vorbeschäftigungsverbot sollte temporär ausgesetzt werden, damit ehemalige Mitarbeitende, die aufgrund der Corona-Pandemie freigestellt werden mussten, zurückgeholt werden könnten.
- Die Mindestüberlassungsdauer bei der Zeitarbeit sollte für die ersten Monate einer Corona-Erholungsphase ausgesetzt werden. So würden ungewollte Abmeldungen aufgrund der Höchstüberlassungsdauer verhindert, die ein Abrutschen in die Arbeitslosigkeit bedeuten.
- Start-ups versprechen in Berlin ein zukünftiges Wachstum beim Beschäftigungsaufbau und müssen dabei besser unterstützt werden.
- Der Dialog in den Clusterbranchen der Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg muss intensiviert werden, um dort den Jobaufbau durch gezielte Maßnahmen zu unterstützen.
- Neueinstellungsoffensive mit Weiterbildung koppeln: Ein leicht zugängliches Finanzierungsinstrument für Weiterbildung fehlt bislang. Ein Bildungszuschuss, den Teilnehmende steuerfrei erhalten, könnte hier unbürokratisch und sofort wirksam zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung führen.

IHK-Service für Betriebe

Die IHK Berlin informiert auf ihrer Website sowie über den Corona Newsletter über aktuelle Hilfsprogramme und veranstaltet gemeinsam mit Partnern digitale Informationsveranstaltungen. Bei Fragen rund um Corona-Themen können sich Betriebe ebenfalls per E-Mail und Telefon beraten lassen. (www.ihk-berlin.de/corona)

ANSPRECHPARTNER !

Arbeitsmarktpolitik:

Julian Algner | E-Mail: julian.algner@berlin.ihk.de

Julian Evans | E-Mail: julian.evans@berlin.ihk.de